

Selbständige sind Kapitalisten?

Lohnarbeit macht glücklich?

Dass Arbeit und Produktion seit einigen Jahrzehnten einem rasanten Wandel in Form und Inhalt unterliegen, ist mittlerweile schon ein Allgemeinplatz. Doch die Reaktionen der Linken auf diese Veränderungen sind nach wie vor erschreckend. Die alte staatsfixierte Linke, also alle Kinder der Sozialdemokratie, von den Gewerkschaften bis hin zu den Parteikommunisten jeglicher Couleur, hat sich im Groben auf zwei Positionen verteilt: auf der einen Seite die "besseren Modernisierer", die Sozialdemokraten, mit denen wir es in fast allen Staaten der EU zu tun haben und deren "Neoliberalismus" sich vom us-amerikanischen Modell nur darin unterscheidet, dass diese den Sozialstaat (noch stärker als bisher) in eine Zwangsgemeinschaft verwandeln, um so das wegfallende Disziplinierungsmoment "Lohnarbeit" durch andere zu ersetzen und gleichzeitig Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse zu deregulieren. So wird das Bild des "aktivierenden Staates" propagiert, d.h. eine Abkehr vom früheren Wohlfahrtsstaat im Rahmen dessen - mal ganz abgesehen von seiner Disziplinierungs- und Kontrollfunktion - die Unterstützung ein Recht darstellte und die EmpfängerInnen in erster Linie alimentiert wurden. Das führt zu einem Modell staatlicher Förderung, in dem für Unterstützung eine Gegenleistung erwartet wird und die EmpfängerInnen von Unterstützung "animiert" (besser gesagt: gezwungen) werden sollen, die Leistungen nicht mehr in Anspruch zu nehmen und sich "Arbeit zu suchen". Da dies auf dem regulären Arbeitsmarkt kaum noch möglich ist, wird die "Selbstständigkeit" als Allheilmittel und Chance propagiert. So zahlt etwa das Arbeitsamt an "Arbeitslose", die eine selbstständige Aktivität in die Wege leiten, die Unterstützung sechs Monate weiter - danach erlöschen aber jegliche Ansprüche. Dass es sich hierbei um die Durchsetzung von Maßnahmen handelt, die darauf abzielen, Arbeitsverhältnisse weiter zu deregulieren und die in einen ideologischen Rahmen eingebettet sind, ist offensichtlich. Die hierin propagierten Anforderungen stehen aber im Widerspruch zur Selbstwahrnehmung vieler selbstständig Beschäftigter[1].

Auf der anderen Seite finden wir in der Linken die "TraditionalistInnen", denen nichts besseres einfällt, als "Arbeit her" oder "Arbeit für Millionen" zu rufen und deren unterschiedliche Radikalität sich daran misst, wie schnell für wie viele Menschen (die Disziplinierung durch) Lohnarbeit gefordert wird. In der reformistischen Variante zielen ihre Konzepte auf die Erhaltung der fordistischen Gesellschaft und sehen vor, die Marginalisierung und Arbeitslosigkeit mittels der Umverteilung der Arbeit (z.B. Reduzierung der Wochenarbeitszeit) zu bekämpfen - eine Strategie, die sich nicht nur als problematisch erweist, weil sie der aktuellen Entwicklung und den dominanten Strategien des globalen Kapitals diametral entgegensteht, sondern auch, weil sie das fordistische Verhältnis zwischen Lohnarbeit und sozialen Absicherungen unberührt lässt.

Was ist - Selbstständige Arbeit

Selbstständige Arbeit ist immer noch ein kleiner Teil der gesamten Arbeit, aber sie wird mehr und mehr zu der Arbeitsform, die auch alle anderen Arbeitsverhältnisse und die gesamte Gesellschaft prägt, so wie es Jahrzehnte lang die fordistische Lohnarbeit getan hat - ebenfalls ohne dass ihr immer und überall die Mehrheit der Arbeitsverhältnisse entsprochen hätte.

Die Umbruchphase, in der wir uns befinden, ist davon gekennzeichnet, dass Anforderungen aus der selbstständigen Beschäftigung zunehmend auch die abhängige Beschäftigung prägen. Einige Beispiele: die heute viel zitierten "flachen Hierarchien", das oftmals eingeforderte "subjektive Einbringen" in die Arbeit, die Anforderung, Fortbildung, • das zusätzliche Erlernen von Sprachen usw. in der Freizeit vorzunehmen, die immer schwierigere Trennung zwischen Freizeit und Arbeit.

Dabei werden Selbstständige oftmals als "Druckmittel" gegenüber abhängig Beschäftigten eingesetzt. Sogar viele Gewerkschaften folgen dieser Logik, indem sie sich ausschließlich auf die Vertretung der abhängig Beschäftigten beschränken: "Die Selbstständigen sind verloren, mit denen kann ich keine Tarifpolitik machen" außerdem hat der Selbstständige, der mit seiner Frau arbeitet, doch schon die Seite gewechselt und ist Unternehmer geworden", so eine hohe Vertreterin des DGB in einem Interview. In dieser Position liegt unter anderem aber auch die zunehmende Schwäche der Gewerkschaften begründet.

Die Verteidigung der Errungenschaften von über 100 Jahren ArbeiterInnenbewegung kann aber nur erfolgen, so die Ausgangsthese des vorliegenden Artikels, wenn diese sozialen Rechte und Garantien auf die selbstständigen ArbeiterInnen ausgeweitet werden. Das gilt um so mehr, wenn aus den reinen Abwehrschlachten der vergangenen 15-20 Jahre, die mangels Kraft und auf Grund der Umstrukturierungen der Produktion nicht einmal mehr den Status Quo haben erhalten können, wieder nach vorne gerichtete Kämpfe werden sollen. Das heißt nicht, dass die Linke sich aus dem Feld der Kämpfe in der abhängigen Beschäftigung zurück ziehen soll, sondern dass sie die Spaltung in abhängige und selbstständige Beschäftigung überwinden muss, will sie verhindern, dass beide Bereiche in reaktionäre ständische Vertretungsmuster abdriften, in denen es nur noch um Partikularinteressen geht. Dafür ist es allerdings von grundlegender Bedeutung, die Situation und die Bedürfnisse von Selbstständigen zu kennen. Im vorliegenden Text soll das Modell Selbstständigkeit aus der Perspektive derjenigen thematisiert werden, die in diesem Segment der neuen Arbeitsverhältnisse beschäftigt sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen nach der realen Autonomie, also der tatsächlichen Unabhängigkeit der Selbstständigen, nach dem Umgang mit dem Problem der sozialen Absicherung und mit der traditionellen Interessensvertretung und den staatlichen Institutionen. Diese Selbsteinschätzung zu dokumentieren, soll helfen, ein Verständnis von Selbstständigkeit herauszuarbeiten, das sich weder auf die vorherrschenden Leitbilder noch auf die innerhalb der Linken existierenden Vorurteile bezieht, und zugleich vorhandene Impulse für progressive Ansätze wahrzunehmen ermöglicht. Der Artikel soll also zugleich eine Aufforderung sein, sich mit den

konkreten, realen Auswirkungen der Umstrukturierung im Feld der Arbeit und möglichen linken Strategien dazu zu beschäftigen.

Selbstständige Beschäftigung - Zwang oder freie Entscheidung

Die Realität der selbstständigen Beschäftigung kann schon deshalb schwer auf die Opposition von "Zwang oder freie Entscheidung" reduziert werden, weil der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt sehr unterschiedlich ist. Vor allem für MigrantInnen und viele Frauen sind die Chancen, eine abhängige Beschäftigung mit angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen zu finden, geringer als für deutsche Männer. Für den überwiegenden Teil der Interviewten, Migranten und Frauen eingeschlossen, stellt die Selbstständigkeit aber dennoch eine bewusste Wahl dar. Die meisten haben sie nicht auf Grund fehlender abhängiger Beschäftigung begonnen: sie sehen in der Selbstständigkeit mehr Freiheiten. Dabei sind sich die meisten der Nachteile und der Ambivalenz der Selbstständigkeit bewusst: "Das Arbeitsklima ist stressig, Ausfallzeiten kann man sich überhaupt nicht erlauben. Aber der persönliche Gewinn, den ich aus der Arbeit ziehe, ist so groß, dass ich das in Kauf nehme. In bestimmten Zeiten geht es zwar nur um Arbeit, aber man bildet sich ein, dass es eine zusätzliche Qualität hat, weil es selbstbestimmt ist. Langfristig gesehen stellt sich natürlich die Frage 'Was ist das für eine Lebensperspektive?' -es ist natürlich klar, dass man nur so arbeiten kann, wenn keine Familie da ist." [2]

Für die Entscheidung zu Gunsten einer selbstständigen Tätigkeit gibt es vorwiegend drei Gründe: die Möglichkeit, selbst über Arbeitszeiten und Arbeitsrhythmen zu entscheiden; die Selbstbestimmung in der Arbeit bei Abwesenheit eines direkten Kommandos und einer direkten Kontrolle und die moralische oder ethische Kompatibilität der Arbeit mit der eigenen Person.

Für viele Selbstständige stellt die eigene Tätigkeit eine Herausforderung dar. Die Bereitschaft zum Risiko ist generell hoch, auch nach Misserfolgen wird meist versucht, erneut eine selbstständige Tätigkeit in die Wege zu leiten. Die Befragten sehen es als positiv an, dass die Arbeit vielfältig ist und Flexibilität verlangt, da es sie interessant macht. Viele sind "multiaktive Nomaden der Arbeit" und gehen verschiedenen Beschäftigungen nach, z.T. sogar in verschiedenen Bereichen.

Die reale Autonomie

Die Autonomie bezüglich der Arbeitszeiten und Arbeitsrhythmen stellt also eine der zentralen Motivationen für die Entscheidung zur Selbstständigkeit dar. Diese Autonomie ist aber selbst bei denen, die angeben, über eine totale oder sehr große Unabhängigkeit zu verfügen, nicht ganz unproblematisch, wie ein Befragter anmerkt: "Mein Entscheidungsspielraum bezüglich der Arbeitszeiten ist relativ groß. Ich weiß aber nicht, ob das ein Vorteil ist, weil das zur Folge hat, dass das Wochenende oft nicht stattfindet, sondern eben auch sonntags morgen oder samstagnacht Sachen bearbeitet werden, die während der traditionellen Arbeitszeit von Montag bis Freitag einfach nicht zu schaffen sind."

Wobei das auch eine Qualität hat, weil man es sich zumindest theoretisch leisten kann, auch mal Mittwoch vormittag privat zu nutzen."[3]

Ein deutlich niedrigerer Grad an Autonomie zeigt sich dagegen bezüglich der Definition der zu bewältigenden Aufgabe. Für die Mehrheit ist sie bereits definiert, etwas weniger als die Hälfte sind an der Entscheidung beteiligt, zwei Drittel gemeinsam mit anderen (sei es der Auftraggeber oder eine Arbeitsgruppe) und ein Drittel alleine.

Verschiedene Interviewte weisen daher darauf hin, dass es ihnen, vom Standpunkt der Arbeitsautonomie, schwer fällt, eine klare Unterscheidung zwischen abhängiger und selbstständiger Beschäftigung zu treffen. Die Frage ist für sie also nicht notwendigerweise, ob es sich um eine abhängige oder eine selbstständige Beschäftigung handelt, wichtig ist die reale Unabhängigkeit innerhalb der Tätigkeit. Einige begegnen den Schwierigkeiten mit der Selbstständigkeit, indem sie abhängige Arbeit in ihre Strategien integrieren, um so eine soziale Mindestsicherung gewährleisten zu können. Viele äußern die Absicht, sich weiter zu spezialisieren und zu qualifizieren. Gleichzeitig wird das für viele zum Problem, da es einerseits notwendig ist, sich immer auf dem Laufenden zu halten, was neue Entwicklungen im eigenen Arbeitsgebiet betrifft, andererseits für viele die Zeit fehlt, eine Finanzierung und die Möglichkeit zur Weiterbildung zu finden.

Die Abdeckung sozialer Risiken

Eine weitere Schwierigkeit, der die Selbstständigen begegnen müssen, besteht in der sozialen Absicherung. Ursache für die prekäre Situation der meisten Befragten sind primär finanzielle, aber auch sozio-kulturelle Faktoren. Die wenigsten verfügen über Versicherungen und soziale Sicherheiten, die Krankenkasse, Arbeitsunfallversicherung, Krankentagegeld und Rente umfassen. Andere haben über die Krankenversicherung hinaus Altersinvestitionen getätigt. Bei etwa der Hälfte der Renten-versicherten ist die Abdeckung aber als ausreichend zu betrachten. Über eine Krankenversicherung verfügen alle Befragten (ein Drittel ist jedoch nur krankenversichert!), da ein einmaliges Herausfallen aus der Krankenversicherung die Wiederversicherung erschwert. Dies stellt vor allem BerufsanfängerInnen insofern vor große Probleme, da die Kosten für private Krankenversicherungen sehr hoch sind: "Für die Barmer ist ein Selbstständiger gutverdienend und mein Beitrag war immer 400-500 DM im Monat. Phasenweise reichte das was ich verdiente gerade mal für Krankenkasse und Miete ..."[4]

Viele entwickeln daher Strategien, um eine preisgünstige Krankenversicherung abzuschließen.[5]

Besonders schwierig ist die Situation der Selbstständigen mit Familie. In vielen Fällen mit niedrigem bis mittlerem Einkommen ist es faktisch die abhängige Beschäftigung des Partners (und die Versicherung der Kinder darüber), die die selbstständige Tätigkeit erlaubt. Noch problematischer ist die Situation für MigrantInnen ohne legalen Status.

Die Absicherung gegen soziale Risiken in kollektiver und finanziell erschwinglicher Form wird im Allgemeinen als von zentraler Bedeutung angesehen.

"Ich denke, dass alle die grundlegenden Absicherungen haben sollten: gegen Krankheit, Arbeitsausfall, Schwangerschaft, Rente... aber wir sind ja mittlerweile so sozialisiert, dass wir das gar nicht mehr als Recht ansehen."[6]

Bis auf eine Befragte, die die Chancen in den privaten sozialen Sicherungssystemen sieht, stimmen alle anderen darin überein, dass das soziale Sicherungssystem eines grundlegenden Umbaus bedarf. Die meisten messen in dieser Hinsicht der Schaffung kollektiver Modelle, die den Veränderungen der Arbeitswelt und der Lebensstile entsprechen, eine zentrale Bedeutung zu: "Es scheint mir wichtig auch für Selbstständige, kollektive Kassen zu erschaffen. Die KSK[7] ist ein gutes Beispiel, da sie widerspiegelt, dass in dem ganzen Kulturbereich etwas geleistet wird, was nicht mehr im Einzelnen zu rechnen ist. So etwas gehört ausgebaut, nicht nur für Selbstständige. Ich bin ja zugleich auch Hausmann und Kindererzieher, aber eben nicht in einer klassischen Familie, die man den Ämtern so darlegen könnte, sondern in einer Wohngemeinschaft. Da müsste aber trotzdem eine soziale Sicherung her."[8]

Verhältnis zu Institutionen und staatlichen Eingriffen

Dass sich bei der Forderung nach sozialer Absicherung nicht an staatlichen Organen orientiert wird, drückt sich auch darin aus, dass von diesen Institutionen im Allgemeinen keine Verbesserungen erwartet und diese als zu unflexibel angesehen werden. Im Gegenteil fürchten die Befragten von dieser Seite eher Angriffe auf ihren Status als Unterstützung: "Ich empfinde die derzeitige Rechtssituation als belastend. Es gibt in unserer Gesellschaft ein sehr ambivalentes Verhältnis zu dieser Form der freien Tätigkeit. Auch wenn ich meine Einkommenssteuererklärung und alles mache, habe ich immer das Gefühl mich in einer Grauzone zu bewegen."[9]

MigrantInnen unter den Befragten beklagen darüber hinaus eine rassistische Behandlung seitens deutscher Behörden. Auch andere mit Erfahrungen in diesem Bereich verweisen auf den rassistischen Konsens innerhalb der deutschen Institutionen.

Die Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen ist also groß: "Man kann nicht von einem besser oder schlechter mit oder ohne staatliche Eingriffe reden. Es kann ja nicht gefordert werden zum keynesianischen Staat, staatlicher Förderung usw. zurückzukehren."[10]

Die Tendenz geht eher dahin, dass der Staat so wenig wie möglich oder liberalisierend eingreifen sollte, vor allem was das engere Arbeitsumfeld der Befragten betrifft. Nur im sozialen Bereich lassen sich zwei Felder ausmachen, in denen sich die Mehrheit für einen staatlichen Eingriff ausspricht: mehr soziale Sicherheiten und Verbesserung des Aus- und Fortbildungssystems.

Gleichzeitig existieren bei einem großen Teil der Befragten komplexe Vorstellungen bezüglich der Transformationsprozesse von Arbeit und Gesellschaft sowie bezüglich möglicher Schritte, um diesen eine solidarische Dimension zu verleihen. Dies nimmt in den meisten Fällen auch in konkreten Initiativen, Arbeitsformen, Lebensstilen und Verhaltensweisen Gestalt an. Vor allem deswegen sehen etwa 80% der Interviewten die zukünftige Entwicklung der eigenen Tätigkeiten positiv, obwohl sie bezüglich der allgemeinen Perspektiven pessimistisch sind.

Interessensvertretungen

Dem bei der Mehrheit der Befragten ausgeprägten Misstrauen gegenüber den traditionellen Interessensvertretungen (Kammern, Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften), steht ein ebenso großer Wunsch nach einer anderen Form der Interessenvertretung gegenüber.

"Wenn man sich anschaut, wie viel die Leute in den Agenturen oder kleinen Softwarehäusern arbeiten und wie vergleichsweise wenig Geld sie dafür bekommen, dann wäre eine Vertretung schon sinnvoll. Das Problem ist nur, wenn das eine Gewerkschaft tun würde, dann würde sie sicher das Falsche tun. Sie würde als erstes darauf bestehen, dass alle nur noch 40 Stunden arbeiten und das ist genau das, was sie nicht wollen. Sie wollen lieber die 60 Stunden gutgeschrieben bekommen, so dass sie irgendwann mal sechs Monate oder ein Jahr nicht arbeiten müssen." [11]

Generell werden einer möglichen neuen Form von Organisation, die sich nicht mehr an der fordistischen Arbeitswelt orientieren sollte, folgende Aufgaben zugeschrieben: Selbstorganisation fördern, Mindestlöhne durchsetzen, für soziale Sicherheiten und Zahlungsgarantien kämpfen, die Arbeitsbedingungen kontrollieren, Rechtsberatung und Qualifikationsmaßnahmen organisieren.

Der Großteil der MedienarbeiterInnen ist dennoch in die IG Medien eingeschrieben: "Ich bin in der Gewerkschaft, weil ich es irgendwie aus nostalgischen Gründen gut finde. Aber das wäre wohl nicht so, wenn ich mehr damit zu tun hätte. Die Gewerkschaft vertritt so etwas wie die »Arbeiteraristokratie« und es fehlt das Bewusstsein, dass sie sich ändern muss." [12]

Die meisten Befragten stellen sich eine Mischform zwischen Dienstleistungsangebot und gesellschaftlicher Organisation vor. Bereits existierende informelle Organisationsformen werden dabei als effektiver als die Gewerkschaften wahrgenommen. Daher herrscht auch Einigkeit darüber, dass eine neue Organisationsform sich deutlich von diesen unterscheiden muss. Als wichtigste Charakteristiken werden dabei die Selbstorganisation von unten, die Bildung kleiner Gruppen, der gegenseitige Austausch, die gegenseitige Unterstützung genannt.

Fazit

Insgesamt sieht der Großteil der Interviewten in der selbstständigen Arbeit tendenziell einen Akt der Befreiung. Auch wenn die "Befreiung" in vielen Fällen auf Grund der ökonomischen und sozialen Umstände unvollendet bleibt, sind die meisten nicht bereit, ihre selbstständige Tätigkeit gegen eine abhängige Beschäftigung zu tauschen, sie setzen eher auf eine Veränderung dieser Umstände, die sie aber nur in Folge ihrer persönlichen Initiative erwarten. Es widerstrebt ihnen außerdem, zu viele Aufgaben zu delegieren.

Es wird die Notwendigkeit einer Organisierung artikuliert, eine geeignete Organisationsform ist aber bisher nur vereinzelt und kaum ausgeprägt erkennbar. Alle Befragten lehnen dabei eine Konkurrenzlogik im eigenen Arbeitsumfeld ab; stattdessen knüpft ein guter Teil bewusst solidarische Netze und Beziehungen. Das Konzept Kooperation spielt eine zentrale Rolle.[13]

Auffällig ist dabei, dass den radikalen Transformationsprozessen der Aufbau und die Konsolidierung informeller solidarischer Netzwerke entgegengesetzt wird, bei denen der Austausch von Dienstleistungen häufig nicht monetär erfolgt, sondern auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht. Auch bezüglich der Arbeit tendieren viele dahin, kollektive Gegenstrategien in die Wege zu leiten, anstatt sich der eliminatorischen Marktlogik zu ergeben. In einigen Fällen - sowohl im hoch als auch im niedrig qualifizierten Bereich - werden diese Netzwerke auch in Form von Unternehmen bzw. Mikrounternehmen formalisiert, jedoch immer in kollektiver und nicht-hierarchischer Form.

Diese Vorstellungen und konkreten Formen gegenseitiger Unterstützung und Kollektivität, die sich im Bereich der Selbstständigkeit finden lassen, stehen im Widerspruch zu dem allgemeinen Bild der Selbstständigkeit als Herd des Individualismus und der Konkurrenz: Ein Großteil der Interviewten verfügt wie gesehen über ein ausgeprägtes soziales und politisches Bewusstsein und favorisiert kollektive und solidarische Arbeitsformen sowie entsprechende soziale Sicherungsmodelle. Etwa ein Drittel der Befragten sieht z.B. in der Einführung eines Existenzgeldes (etwa 1500,- DM + Miete) die geeignetste Antwort auf die Transformationsprozesse und stellt die Forderung in den Kontext einer Neudefinition der Arbeit und ihrer Rolle in der Gesellschaft: "Man müsste den Arbeitsbegriff an sich weiten. Es sollte mehr geschaut werden, was die Menschen können und das muss anerkannt werden. Ich möchte dahin kommen, dass jeder arbeitet, was er will. Aber es geht immer noch zu krass in die Richtung »du musst dich auf dem Markt behaupten«. Das ist absurd, da es diesen Markt für die meisten Menschen nicht gibt." [14]

Neue Verhältnisse - neue Herausforderungen

Der vorliegende Text soll als Grundlage verstanden werden, sich mit den neuen Arbeitsverhältnissen auseinander zu setzen und sich im Bereich Arbeit zu engagieren.

An die oben genannten Tendenzen anzuknüpfen und sie in ihrer Widersprüchlichkeit als Reaktion auf neue Arbeitsverhältnisse zu sehen, also auch den Anspruch an linke Akteure daran zu reflektieren, ist die zentrale Aufgabe. Hierbei muss eine Strategie entwickelt werden, die es schafft, die

Punkte, die in neuen Arbeitsformen Beschäftigten wichtig sind, wie Autonomie, Zeitflexibilität, Selbstbestimmung u.a., und die im Selbstständigkeitsdiskurs als ausschließlich positiv dargestellt werden, vor dem Hintergrund dieser Widersprüchlichkeit zu thematisieren und hier gleichzeitig reale Verbesserungen zu erkämpfen, um einen Weg zwischen Idealisierung, Selbstbetrug und Freiheitsbedürfnis zu finden. Die Herausforderung lautet, die Befreiung von der Lohnarbeit in eine wirkliche Befreiung des Subjekts von den Zwängen der Lohnarbeit zu verwandeln.

Grundlage des Artikels ist der Berliner Teil der zweijährigen Studie »Moriana«, in der - im ersten Jahr - Wandel der Produktion und Wirtschaftsstruktur, der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, der Sozialstruktur und die Rezeption dieser Veränderungen durch Politik, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Forschung und Dritter Sektor untersucht wurden. Im zweiten Jahr wurden die Situation und die Bedürfnisse von selbstständig Beschäftigten genauer betrachtet. Das Forschungsprojekt wurde von dem Institut A.A.STER in Mailand unter der Leitung von Aldo Bonomi koordiniert und in den Städten Berlin (D), Paris (F), Valencia (ES), Mailand (I), Turin (I), Genua (I) und Neapel (I) durchgeführt. Das Projekt arbeitete - vor allem im zweiten Teil - mit dem Ansatz der »aktiven Untersuchung«, im Rahmen derer die Betroffenen selbst ihre Situation und Bedürfnisse beschreiben und ihre subjektive Wahrnehmung im Mittelpunkt steht. Die Ergebnisse können zwar nicht als repräsentativ bezeichnet werden, zeigen aber eine Tendenz auf, die den Ergebnissen von Valencia und Paris und denen der jeweils 120 Interviews in den vier italienischen Städten entspricht.

Das Alter der 30 Interviewten reicht von Anfang 20 bis 60 Jahre, mehr als ein Drittel sind Frauen, etwa ein Sechstel MigrantInnen. Ca. 60% sind hoch qualifiziert und arbeiten in hoch qualifizierten Jobs, etwa ein Viertel ist niedriger Qualifikation mit entsprechender Beschäftigung. Bei den übrigen ist die Qualifikation schwer zu definieren: einige z.B. sind hoch qualifiziert, gehen aber gleichzeitig hoch qualifizierten und gar nicht oder niedrig qualifizierten Beschäftigungen nach. Das durchschnittliche Jahreseinkommen nach Steuern (ohne Privatversicherungen!) reicht von unter 20.000 DM bis über 50.000 DM. Über 80% verdienen zwischen 20.000 und 40.000 DM.

Dario Azzellini

Fussnoten

[1] Grundlage dieses Artikels ist das sogenannte "Moriana-Projekt" (siehe Kasten). Alle Aussagen zur Selbsteinschätzung der Situation von selbstständig Beschäftigten beziehen sich auf die Untersuchungsergebnisse.

[2] Walter Z., 38 Jahre, Journalist, Seminarorganisation und -begleitung, Jahresnettoeinkommen 35.000

[3] ebender

[4] Thomas G., 43 Jahre, Computergrafiker, Jahresnettoeinkommen 20.000 DM

[5] Eine typische Situation z.B. für viele Selbstständige aus dem studentischen Umfeld ist, während der ersten Arbeitsjahre immatrikuliert zu bleiben und sich als Studierende zu versichern.

[6] Barbara M., 30 Jahre, Presseauswerterin, Jahresnettoeinkommen 20.000 DM

[7] Künstlersozialkasse, Krankenkasse und Rentenversicherung für freiberufliche KünstlerInnen, JournalistInnen, MusikerInnen usw. Die Beiträge setzen sich wie folgt zusammen: 25% pauschalisiert von den Unternehmen des Sektors über einen Topf, 25% vom Staat und 50% vom Versicherungsnehmer.

[8] Thomas G., 43 Jahre, Computergrafiker, Jahresnettoeinkommen 20.000 DM

[9] Michael S., 35 Jahre, Sozialforscher und Dozent, Jahresnettoeinkommen 20.000 DM

[10] Rebekka H., 32 Jahre, Dozentin und Journalistin, Jahresnettoeinkommen 25.000 DM

[11] Günther K., 44 Jahre, Informatiker, Jahresnettoeinkommen 50.-100.000 DM

[12] Rebekka H., 32 Jahre, Dozentin und Journalistin, Jahresnettoeinkommen 25.000 DM

[13] Das gilt auch für die eigene Fortbildung, die die meisten als lebenslangen Prozess begreifen, der auf Kollektivität und Gegenseitigkeit beruhen sollte.

[14] Silvia M., 32 Jahre, Beraterin für Berufsplanung, Jahresnettoeinkommen 15.000 DM

<http://arranca.nadir.org/artikel.php3?nr=21&id=94>